

# Enztal-Bote.

Ercheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertagen. — Bezugspreis M. 3.30 vierteljährlich, M. 1.10 monatlich; durch die Post im Orts- und Oberamtsbezirk M. 3.30, im sonstigen Inland, Verfahr. M. 3.40 u. 30 Pf. Postbestellgeld.

Amtsblatt für Wildbad  
Anzeiger und Tagblatt für das obere Enztal.

Anzeigenpreis: die einspalt. Beilagen oder deren Raum 15 Pfg., andernfalls 20 Pfg., Reklamezeilen 60 Pfg., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Art. Schlus der Anzeigenannahme: 8 Uhr vormittags

Druck und Verlag der Wildbader Verlagsgesellschaft und Buchhandlung; Schriftleitung: Th. G. a. d. Jahrgang 53 In Wildbad: Wilhelmstraße 29 Freitag, den 4. Juli 1919 In Calmbach: Hauptstraße 109 Nr. 145

## Tageschau.

**Amsterdam, 3. Juli.** Es verlautet gerüchweise, daß die Vereinigten Staaten bereit seien, Deutschland große Kredite für Warenankauf zu gewähren, sobald die Blockade aufgehoben ist.

Marshall Koch ließ der deutschen Waffenstillstandskommission in Spaas am 2. Juli mitteilen, der internationalen Waffenstillstandskommission werde als zukünftiger Standort Köln zugewiesen. Als Sitz für die deutsche Waffenstillstandskommission schlug er Düsseldorf vor.

Das „Echo de Paris“ schreibt, daß die Ratifizierung des Friedensvertrags mit Deutschland seitens Japan einige Zeit beanspruchen werde, da Japan erst in einem Monat im Besitze des vollständigen Textes sein werde.

Die Erdbebenkatastrophe im Gebiet von Mogoko hat 100 Tote und 5 Verletzte gefordert. Der Schaden an Material und künstlerischen Werten ist groß.

„Daily Chronicle“ meldet, daß am 2. Juli 2000 deutsche Kriegsgefangene im Gefangenenlager von Odessa auffällig wurden. Da sie ihre Mitgefangenen nicht rechtzeitig erhalten hätten, hätten sie sich geweigert, zum Appell zu kommen. Sie bewaffneten sich mit schweren Stöcken und drohten in Waffen anzugreifen. In aller Eile kam englische Verstärkung von einem anderen Lager an und unterdrückte mit aufgeflogenen Bayonett den Aufstand.

General Maynard meldet weitere Fortschritte der Italiener, Serben, Briten und Kanadier an der Murmanfront. Er teilt mit, daß der Feind schwere Verluste erlitten habe. Die feindlichen Verluste auf der Schumkhalbinsel allein betragen mindestens 500 Mann.

Der Hanger Korrespondent des „Telegraaf“ meldet, daß die Frage der eventuellen Auslieferung des früheren deutschen Kaisers jetzt in ein entscheidendes Stadium trete.

## Das Reichserbschaftssteuergesetz

Von den Gesegentwürfen, die dem Reiche dauernde Einnahmen zuführen sollen, ist in erster Linie der Entwurf eines Erbschaftssteuergesetzes zu erwähnen. Er sieht den Ausbau der bestehenden Erbschaftsteuer im Sinne ihrer Ausdehnung auf das Vatten- und Kindes-Erbe und der verschärften Heranziehung der entfernten Verwandtschaftsgrade vor, ferner eine entsprechende Erweiterung der Schenkungssteuer. Die Erbschaftsteuer soll nach den persönlichen Verhältnissen des Erwerbers zu dem Erblasser

in sechs Klassen erhoben werden. Die Steuer ist je nachdem niedriger oder höher, ob der Erwerber in näheren oder entfernteren oder gar keinen Verwandtschaftsbeziehungen zu dem Erblasser steht.

Zur ersten der niedrigsten Steuerföge aufweisenden Klasse gehören der Ehegatte und die Kinder. Die zweite Steuerklasse umfaßt Abkömmlinge der Kinder, während die übrigen Steuerklassen denen des bisherigen Gesetzes entsprechen. Abgesehen von der Staffelung nach dem Verwandtschaftsgrade des Erwerbers zu dem Erblasser findet eine Staffelung nach der Höhe des Erbanfalls statt, und schließlich wird die Höhe des bei dem Erwerber bereits vorhandenen Vermögens berücksichtigt. Wesentlich ist ferner, daß nur der den Betrag von 500 Mark übersteigende Teil des Erwerbs steuerpflichtig ist, und daß darüber hinaus ein Erwerb der Ehegatten, Abkömmlinge, Eltern oder Voreltern zufällt, nur insoweit steuerpflichtig ist, als er den Betrag von 5000 Mark übersteigt. Bei großen Erbanfällen und großen, bereits vorhandenen Vermögen kann die Steuer annähernd bis auf 75 v. H. und unter Hinzurechnung der Nachlasssteuer bis zu einem Höchstföge von fast 80 v. H. hinaufgehen.

Im einzelnen sind es folgende Steuerföge:

Die Erbschaftsteuer beträgt	in der Steuerklasse					
	I	II	III	IV	V	VI
für die ersten 20 000 Mark	4	5	6	8	10	15
für die nächsten 30 000 Mark	5	6	8	10	12	20
für die nächsten 50 000 Mark	6	8	10	12	15	25
für die nächsten 100 000 Mark	8	10	12	15	20	30
für die nächsten 100 000 Mark	10	12	15	20	25	35
für die nächsten 200 000 Mark	12	15	20	25	30	40
für die nächsten 500 000 Mark	15	20	25	30	35	45
für die weiteren Beträge	20	25	30	35	40	50

### Die Steuer erhöht sich

wenn das vor dem Erbanfall vorhandene Vermögen des Erwerbers 100 000 Mark, aber nicht 200 000 Mark übersteigt, um 10 v. H. ihr Betrag.  
wenn es 200 000 Mark, aber nicht 300 000 Mark übersteigt, um 20 v. H. ihr Betrag.  
wenn es 300 000 Mark, aber nicht 500 000 Mark übersteigt, um 30 v. H. ihr Betrag.  
wenn es 500 000 Mark, aber nicht 1 000 000 Mark übersteigt, um 40 v. H. ihr Betrag.  
wenn es 1 000 000 übersteigt, um 50 v. H. ihr Betrag.  
Bei einem Erwerbe, der vor dem 1. April 1914 anfällt, wird die Steuer für jedes volle Jahr vor diesem Zeitpunkt um 2 v. H. ihres Betrages ermäßigt. Auf die Schenkungs- und Nachlasssteuer kommen wir zurück.

## Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 2. Juli.

Heute mittag 2 Uhr hat die Nationalversammlung an ihrer eigentlichen Aufgabe, dem deutschen Volke eine Verfassung zu geben, weiter gemacht und mit der zweiten Lesung des Verfassungsentwurfs begonnen, die noch in dieser Woche, weil die Redefristen festgelegt worden sind, zu Ende geführt werden soll. Der Vorsitzende des Verfassungsausschusses Konrad Haubmann erstattete einen kurzen Bericht über die Beschlüsse der Verfassungskommission und der Abgeordnete und Berliner Rechtslehrer Dr. Wahl (D. Volksp.) hielt eine Vorlesung über den Einheitsstaat. Der Vertreter der Unabhängigen rüttelte noch einmal an der Firma des neuen Volksstaats und möchte zu gern statt „Deutsches Reich“ die Bezeichnung „Deutsche Republik“ gewählt sehen und die Sozialdemokraten sekundierten heute aus durchsichtigen Gründen den Unabhängigen, indem sie für den unabh. Antrag stimmten. Das Ergebnis der Abstimmung war im ersten Augenblick zweifelhaft, weil diese nur durch Erheben von den Sitzen erfolgte; die Gegenprobe zeigte aber dann, daß der unabhängige Antrag abgelehnt wird. Es bleibt also bei den Worten „Deutsches Reich“.

Auch über die künftige Reichsflagge wurde in heftigem Kefekampfe gestritten; die Unabhängigen plädierten noch mehr für „Rot“ und die demokratische Fraktion hat heute mit Vierfünftel-Mehrheit beschlossen, bei dem alten Schwarz-weiß-rot zu bleiben. Professor Luidde begründete den Standpunkt der kleinen Minderheit der Demokraten, welche bei dem im Verfassungsentwurf vorgeschlagenen Schwarz-rot-gold geblieben sind. Die namentliche Abstimmung wurde um 8 1/4 Uhr auf Donnerstag mittag vertagt.

### Sitzungsbericht.

Am Regierungstisch: Dr. David, Wisse und Erzberger, Vertreter der Einzelstaaten, Heine, Dr. von Preger u. a.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 2.20 Uhr. Nach Erledigung der Interpellationen Arnstadt (D. Volksp.) über Beamtenfragen, wie über die Planwirtschaft, Gräber (J) über Revolutionsschäden, Luer (S.) über die steuerliche Erfassung der Kriegsgewinne und über die Mollate der Zoll- und Militärrentenempfänger tritt das Haus in die zweite Beratung des Entwurfs einer

### Verfassung des Deutschen Reiches

ein. Der Verfassungsausschuss hat die äußere Gestalt der Vorlage durch andere Gliederung gänzlich umgeändert. Der Stoff ist in zwei Hauptteile getrennt. Der erste Teil behandelt den Aufbau und die Aufgaben des Reiches, der zweite die Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen.

Abg. Heile (D. Volksp.) äußert Bedenken und verlangt u. a. für das Räteystem und ähnliche wichtige Punkte erweiterten Spielraum.

Präsident Fehrenbach weist darauf hin, daß die Rätefrage der Gegenstand einer besonderen Vorlage sei, die demzufolge auch besonders behandelt werden würde.

## Landrichter Lange.

Roman von Maria Lenzen, g. b. v. Schregondi.

Nachdruck verboten.

Der Baron lachte kurz und gezwungen auf. „Ich ihn zur Vernunft gebracht! Den Landrichter Lange! Er allein hat mehr davon, als wir alle zusammen besitzen.“

„Die Neufierung, deren du gedenkst, deutet offenbar auf Wahnsinn!“

„Urteile nicht vorschnell, teure Antoinette. Er weiß genau, was er tut und wieweit er zu gehen hat. Wir sind in seiner Gewalt. Ein unglücklicher Zufall hat uns — du weißt es ja — in seine Hand gegeben.“

Sie schaute prüfend in das erregte Gesicht des unglücklichen, gequälten Mannes und sprach dann ernst und mahnend seinen Namen aus. Er suchte zusammen und rang nach Haltung — vergebens. Mit einem Blick hilfloser Angst sah er händeringend zu ihr auf.

„Was ist geschehen? Sprich offen aus!“

Eine feste Ruhe und ein bestimmter Befehl lag in den wenigen Worten. Mit erstarrter Stimme antwortete der Baron: „Ich kann nicht... ich kann es nicht!“

„Hat vielleicht Rudolph eine Unvorsichtigkeit begangen? ... Dem würde doch abzuhelfen sein, ohne daß wir alle uns von diesem — Manne in Fesseln schlagen lassen.“

„Nein, nein: Rudolph ist unschuldig. Er ahnt ebensowenig wie du und Leonore das mindeste von dieser entsetzlichen Geschichte.“

„Aber, Clemens, du selbst kannst doch kein Unheil angerichtet haben?“

„Freilich, freilich; diese vergänglichsvolle Sache fand vor langer Zeit schon statt.“

„Ah, — du hast mir eine schlimme Handlung aus deiner Jugendzeit verheimlicht! Und doch betuerstest du mir, frei von jedem ersten Fehltritt zu sein.“

„Ich sprach die Wahrheit. Glaube mir, Antoinette, diese unselige Geschichte hängt nicht im ent-

ferntesten zusammen mit meinen kleinen Jugendtoreheiten. ... Hörtest du denn niemals, daß — daß — daß es — Familiengeheimnisse gibt, deren Bekanntheit die — Schuld — ja, die Schuld der Eltern an den Kindern rächt? Habe doch ich selbst früher schon beim Beginne unseres freundschaftlichen Verkehrs mit den Langes, dir von ähnlichem gesprochen.“

„Mein Gott!“ Zum ersten Male änderte die Baronin ihre bequeme Haltung, indem sie, jedoch ohne Haß, sich aufrichtete. „Hat dein Vater dir ein so gefährliches Erbtell hinterlassen?“

„Nicht mein Vater. Denke von ihm nichts Böses. Er war ein Ehrenmann.“

„So hängt die Sache mit deinem Oheim zusammen? — Ah, ich habe recht! — Und ich erstaune nicht darüber. Sein Neuferes verrät heftige Leidenschaften. Wie leicht haben diese Böses im Gefolge!“

Der Freiherr schweig. Die Annahme seiner Frau war ihm zu bequem, als daß er das Irdische in derselben hätte wiederlegen mögen. Doch widerstrebte es ihm, den ungerechten Verdacht, den die Baronin gegen einen Toten aussprach, durch Worte zu bestätigen.

Sie nahm das Gespräch wieder auf: „Und hängt diese Angelegenheit mit den Gütern zusammen, die dein Onkel dir hinterließ?“

„So ist es, ja; leider, so ist es! — Wenn der Landrichter kundmacht, was er zu meinem Unglück erfahren hat, dann verliere ich Kellinghorst, Slobbe und die anderen Güter, samt dem schönen Barvermögen, das ich nach und nach gesammelt habe.“

„Dann wären wir ja auf Geringeres angewiesen, als im Anfang unserer Ehe.“ Erblassend, mit leiser, erster Stimme sprach so die schöne Schloßfrau.

„So ist es — so ist es — und du kannst das nicht ertragen, Antoinette!“ rief ihr Gemahl verzweiflungsvoll. „Es ist unmöglich, daß du das erträgst.“

„Wir alle können es nicht,“ sprach sie. „Aber es ist so viele Zeit vergangen seit meines Oheims Tod, und ich höre so oft reden von veräurmt-

Ansprüchen — verjährten Rechten — sollte Derartiges nicht auch dir zugute kommen?“

„Ah, mein Kind, Kleinigkeiten verjähren, die Ansprüche auf ein großes adeliges Besitztum bleiben länger als ein Menschenalter in Kraft. Und die Schande! ... Schande! Ich fürchte, die verjährt niemals, in Ewigkeit nicht!“

„Schande?“ fragte sie flüsternd, die Fingerspitzen faltend und mit bleichen Lippen. „Es klebt eine Schmach an deines Onkels Reichtum?“

„Wie ich dir sage!“ murmelte er schen, und bitter bereuend das Wort, das er nicht mehr zurücknehmen konnte. „Es ist — ist eine — Untat geschehen, die um jeden Preis verheimlicht werden muß.“

„Und der Landrichter weiß darum?“

„Leider, leider! — O, dieser leidige Zufall!“

„Welcher Zufall?“

„Ach, der das Dokument in Langes Hände spielte, das ihm nun alle Beweise liefert, die uns verderben können.“

„War dieses Schriftstück — oder was ist es? — in deinem Gewahrsam?“

„In meinem? — Wo denkst du hin? Ich wußte nichts davon, bis der Richter mich mit seinen verhängnisvollen Entdeckungen bekanntmachte.“

Er sprach die halbe Wahrheit. Denn obgleich er zur Verübung eines großen Unrechtes mitgewirkt hatte, so war ihm doch der schwerste, zu seinen Gunsten begangene Frevel erst durch die ihm von Lange mitgeteilte Schrift kundgeworden.

„Was ist es denn eigentlich, was dein Onkel sich zuschulden kommen ließ?“

„Frage nicht, Antoinette. Es gibt Dinge, die den Frauen immer fremd bleiben sollten. Laß dir daran genügen zu wissen, daß ein mir nahestehendes Glied unseres Hauses, im Grunde in guter Absicht, eine Handlung beging, die nicht im Einklang mit den weltlichen Gesetzen steht, und deren Nachbarn werden —“

„Nun? — deren Nachbarn werden?“

„Deren Bekanntheit nicht bloß uns alle mit Schande bedroht, sondern ganz sicher den Verlust meines Vermögens nach sich ziehen würde.“



Abg. Haubmann (D.D.P.) führt aus, daß das vorliegende Werk unter schwersten Sorgen geschaffen worden ist. Der Spielraum der nationalen Kräfte ist in unerhöhter Weise be-  
schränkt. Um so wichtiger ist ihre Zusammenfassung zur  
Einheit. Das geschieht durch die Verfassung. Durch sie wird  
die staatsrechtliche und völkerrechtliche Grundlage für die  
Zukunft des deutschen Volkes geschaffen. Das strittige Problem  
des Einheitsstaates ist nicht gelöst worden. Dennoch ist aus  
den großen Gebieten die Einheit herbeigeführt worden: Reichs-  
eisenbahn und Reichspost, Reichsabgaben, die Re-  
gelung der Reichswasserstraßen und die Reichswehr  
waren unabhängig. Das entspricht auch den Gefühlen des  
Volkes, das die wirtschaftlichen und staatlichen Schwerpunkte  
im Reich verankert sehen will. Unser Bedürfnis ist die Bildung  
eines einheitlichen Staatswesens. Das kann nur in einer  
Republik geschehen, nicht in zwei Körperschaften. (Beif.)

**Reich und Länder**  
referierte Abg. Dr. Kahl (D.P.): Der Anschlag Deutsch-Oester-  
reichs, der ursprünglich beabsichtigt war, ließ sich angeht der  
tatsächlichen Lage nicht verwirklichen. Das wichtigste Gebiet  
des neuen Verfassungswerkes ist die Schaffung eines gerechten  
Ausgleichs der staatlichen Anordnungen zwischen Reich und Ländern.

Abg. Dr. Cohn (U.S.P.) begründet den Antrag in der  
Uebersicht die Worte: Verfassung des Deutschen Reiches zu  
ersehen durch: Verfassung der Deutschen Republik. Der neue  
Staat hätte mit dem Deutschen Reich von selber nichts  
zu tun haben.

Reichskommissar Dr. Preuß: Nach unserer ganzen ge-  
schichtlichen Entwicklung können wir die deutschen Einheits-  
bestrebungen an das Wort Deutsches Reich. Wir würden sehr  
erhebliche Werte nationalen Einheitsgefühls vergeuden und  
zurückstoßen, wenn wir den Namen Reich beibehalten wollten.

Abg. Dr. Abt (D.P.): Es wäre völlig verkehrt, die Be-  
zeichnung Deutsches Reich deshalb beizubehalten zu wollen, weil  
es nach der Auffassung des Herrn Dr. Cohn ein Deutsches Reich  
nicht mehr geben soll. Das Deutsche Reich besteht.

Abg. Quark (Sog.): Ueber die Frage, ob es in der  
Verfassung Deutsches Reich oder Deutsche Republik heißen soll,  
ist sich streiten. Wir müssen ihr keine große Bedeutung zu-  
schreiben. Die Verfassung selbst von der deutschen Republik die  
Rede ist. Um aber Mißdeutungen vorzubeugen, sind wir  
genötigt, für den Antrag Cohn zu stimmen.

Der Antrag Agnes (U.S.) als Ueberschrift: Verfassung  
der Deutschen Republik zu setzen, wird abgelehnt, die Ueberschrift:  
„Verfassung des Deutschen Reiches“ angenommen. Es folgt  
die Beratung über

**Artikel 1,**  
welcher bestimmt:  
„Das Deutsche Reich ist eine Republik; die Staatsgewalt  
geht vom Volke aus.“

Abg. Dr. Debrück (D. nat.): Der Artikel bedeutet für  
uns den Abschied von der konstitutionellen Monarchie. Die demo-  
kratische Monarchie, so wie sie sich vor der Revolution anzu-  
bahnen begann, hatten wir für eine für Deutschland zweckmäßige  
Staatform. Dennoch wollen wir auf dem Boden der neuen Ver-  
fassung weiter mitarbeiten und eine Politik der Aktivität treiben,  
die unserem Vaterlande den Weg zur Macht wieder eröffnet.  
(Beif. links.)

Von Frau Agnes (U.S.P.) ist inzwischen ein Antrag ein-  
gegangen, den Satz 1 des Artikels 1 folgendermaßen zu fassen:  
„Die deutsche Republik ist ein Einheitsstaat.“

Reichsminister Dr. Dautz: Der Vorredner hat gefragt,  
ob auch für seine Partei die Freiheit gelten sollte, von der in  
der Verfassung die Rede ist. Ganz gewiß. Die neue Verfassung  
eröffnet die freie Bahn für jeden geistigen Kampf. Wenn die  
Herren (nach rechts) die Probe aufs Exempel machen wollten,  
ihre Auffassung gegen diese Feststellung auf dem Wege der Ge-  
walt durchzusetzen, so werden sie finden, wie stark und kraftvoll  
die Republik begründet ist. (Sehr wahr! links. Widerspruch  
und Zutritt „Generalstreik“ rechts.) Auch der Generalstreik hat  
die republikanische Verfassung nicht umzuwerfen vermocht. Die  
deutsche Republik hat eine bankrotte Firma mit übernehmen  
müssen. (Beifall links. Widerspruch und Anrede rechts.) Sie  
hat das getan aus Pflichtgefühl unserem Volke gegenüber. Die  
deutsche Republik wird das deutsche Volk wieder emporsühren  
aus dem tiefen Sturz, in den es durch das alte System gebracht  
worden ist; und dabei soll die Verfassung gute Dienste leisten.

Abg. Koch (D.D.P.): Was die Frage der Monarchie an-  
geht, so erkläre ich, daß wir keine grundsätzlichen Republikaner  
sind. Wenn die Monarchie richtig geführt worden wäre, wenn  
sie vor allen Dingen zur rechten Zeit die nötigen Inzeststände  
gemacht hätte, so bin ich davon überzeugt, sie wäre zu halten  
gewesen. Heute kann von einer Wiederherstellung der Monarchie  
keine Rede mehr sein. Eine Monarchie, die einmal zu ausgeht,  
läßt sich nicht wieder aufrichten.

Der Antrag der Unabhängigen zu dem 1. Satz wird ab-  
gelehnt. Die Fassung des Entwurfs mit großer Mehrheit an-  
genommen. Artikel 2 ebenfalls ohne Aussprache angenommen.  
Es folgt die Beratung über den

**Artikel 3**  
der bestimmt: „Die Reichsfarben sind schwarz-rot-gold, die  
Handelsflagge wird durchs Reichsgesetz bestimmt.“

Reichsminister Dr. Dautz: Ein Zentrumsantrag und so-  
zialdemokratischer Antrag schlägt vor, den in dem Entwurf un-  
bestimmt gehaltenen Satz über die Handelsflagge durch eine  
Bestimmung zu ersetzen, nach der die Handelsflagge schwarz-  
weiß-rot sein und mit schwarz-rot-goldenen Ecken versehen  
werden soll. Die Regierung ist mit dieser Regelung einverstanden  
und glaubt nunmehr alle Bedenken hinsichtlich eines weit sichtbaren  
Wimpels für die Handelsflotte beseitigt zu haben. Ein unabhän-  
giger Antrag verlangt die Farbe rot als Reichsflagge. Die  
rote Flagge ist das Symbol der sozialistischen Internationalen.  
Wir müssen aber ein Symbol schaffen, zu dem sich das ganze  
Volk bekennt. Aus dem gleichen Grunde empfehle ich auch die  
Ablehnung des Antrags der Rechten, nach dem die schwarz-  
weiß-rote Fahne beibehalten werden soll. Sie war schon vor  
dem Krieg für einen großen Teil unseres Volkes lediglich Partei-  
fahne. (Vehementer Widerspruch bei einem großen Teil des Hauses.)

Abg. Kahl (D.P.): Wenn ich mich mit aller Entschieden-  
heit für die Flagge schwarz-weiß-rot erkläre, so will ich mich  
damit nicht in erster Reihe gegen schwarz-rot-gold wenden, sondern  
gegen den Farbenswechsel an sich.

Abg. Lauerer (D. nat.): In der schwarz-weiß-rot-  
Fahne sehen wir das Symbol der Vaterlandsliebe. Die neue  
Flagge ist dem heutigen Geschlecht innerlich fremd.

Abg. Peter, en (D.D.P.): Die überwiegende Mehrheit  
meiner Fraktion wird für die Beibehaltung der alten Farben  
stimmen, eine Minderheit für die neuen. Das beweist, daß  
man diese Frage nicht parteipolitisch behandeln soll.

Abg. Dr. Cohn (U.S.P.): Die Beibehaltung von schwarz-  
weiß-rot ist eine schwere Provokation für die überwiegende Mehr-  
heit des Volkes.

Abg. Mollenhuth (Sog.): Diejenigen, die mit der  
alten Flagge auch das alte System aufrecht erhalten möchten, will  
ich fragen, weshalb haben sie denn selbst die Flagge gewechselt?  
Die stolze konservative Partei, die stolze Reichspartei und die  
Nationalliberale Partei, die haben alle mit Ausbruch der Re-  
volution ihre alte Flagge gestrichen. (Sehr wahr! bei den De-  
mokraten.) Die rote Fahne soll unsere Parteifahne sein und  
sie mag später einmal, wenn wir den Völkerbund auf sozialistischer  
Grundlage haben, die Fahne dieses Bundes werden. Für Deutsch-  
land ist schwarz-rot-gold die Farbe, für die die Demokratie  
von jeher gekämpft hat.

Abg. Dr. Quide (D.D.P.): Im Auftrag der Minderheit  
meiner Fraktion trete ich für die Farbe schwarz-rot-gold ein.  
Die Farben sind für uns das Symbol der Einheitsbewegung,  
die aus der Tiefe des Volkes gekommen ist, die Farbe Groß-  
deutschlands.

Damit schließt die Besprechung des Artikels 3. Die nament-  
liche Abstimmung soll in der nächsten Sitzung vorgenommen  
werden.

Nächste Sitzung: Donnerstag Nachmittag 2 Uhr, Weiter-  
beratung. Schluß gegen 8 1/2 Uhr.

## Vor der Ratifizierung.

**Die Änderungen am Friedensvertrag.**  
Berlin, 1. Juli. Die Geschäftsstelle des Aus-  
wärtigen Amtes für die Friedensverhandlungen hat in  
einer Denkschrift die sämtlichen von der Entente in-  
einer der deutschen Gegenentwürfe vorgenommenen Än-  
derungen des ursprünglichen Wortlautes der Friedens-  
bedingungen zusammengestellt. Das Zeit, das soeben  
bei der Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und  
Geschichte in Charlottenburg als fünfter Teil der im  
Auftrage des Auswärtigen Amtes herausgegebenen „Ma-  
terialien, betreffend die Friedensverhandlungen“ erscheint,  
gewährt eine schnelle Uebersicht über alle Änderungen  
des ursprünglichen Wortlautes der Friedensbedingungen.

**Der Friedensvertrag in der belg. Kammer.**  
Brüssel, 3. Juli. In der gestrigen Kammer-  
sitzung empfahl der Minister des Auswärtigen die An-  
nahme des vorliegenden Friedensvertrages, sowie des  
Abkommens über die Befreiung der rheinischen Gebiete.  
Gleichzeitig legte er eine Erklärung Wilsons, Clemen-  
ceaus, Lloyd Georges und Sonninos vor, laut der Bel-  
gien von der ersten deutschen Zahlung 2 1/2 Milliarden  
erhalten und von den aufgenommenen Kriegsanleihen  
befreit werden soll.

**Spanien zu dem Sieg der Entente.**  
Bern, 3. Juli. Nach dem „Temps“ sind die  
liberalen und konservativ-liberalen Blätter Spaniens er-  
freut über den Siegfrieden der Entente. Die Blätter der  
Rechten enthalten sich entweder der Kommentare oder sie  
drücken den Besiegten ihre Sympathie aus. Das ultra-  
konservative „ABC“ schreibt, man könne die Kraft und  
Beharrlichkeit der deutschen Regierung nicht ableugnen  
nach den großen Anstrengungen und Opfern dieses Vol-  
kes. Die „Tribuna“ erklärt, der Vertrag eröffne eine  
neue Periode von Besorgnissen und Mißbehagen. Die  
„Korrespondenz“ spendet den deutschen Matrosen zur  
Versenkung der Flotte Beifall und sagt, niemand ver-  
hehle sich, daß der Friede den Keim eines viel größeren  
und grausameren Krieges in sich trage. Man könne  
ein Volk von 60 Millionen nicht für 50 Jahre zur  
Klaverei verdammen.

**Die Franzosen im Aelter Brüdenkoff.**  
Karlruhe, 2. Juli. Aus dem Hanauer Lande  
wird uns berichtet: Ueber den Agenten Compa, der jetzt  
hier eine große Rolle spielt, gehen Gerüchte um, als  
ob er eigentlich ein Alldentscher sei. Das ist nicht richtig,  
er soll französischer Herkunft sein. Allerdings hat er  
sich früher eifrig für die deutsche Sache bemüht und  
hat auch häufige Reisen nach Frankreich gemacht  
und dadurch dem deutschen Aufklärungsdienste wertvolles Ma-  
terial zugeführt. Wenn er jetzt zu den Franzosen hält,  
ist es deshalb, weil er offenbar zu jenen internationalen  
Menschen gehört, die ihre Geschäfte mit jedem machen.

**Rücktritt Försters.**  
Bern, 3. Juli. Der bayerische Gesandte in der  
Schweiz, Professor Förster, der die Vertretung der  
politischen Interessen Bayerns im November 1918 aus-  
drücklich nur ehrenhalber und längstens bis zum Frie-  
densschlusse übernommen hatte, ist, wie wir hören, vor-  
behaltlich der Genehmigung der bayerischen Regierung  
nach erfolgtem Friedensschlusse von seinem Posten zur-  
ückgetreten.

**Wilson wird in Newyork ausgepöfien.**  
Rotterdam, 3. Juli. Der Senator Hiram W.  
Johnson aus Kalifornien hielt in der Carnegie Hall  
in Newyork vor einer riesigen Menschenmenge eine Rede,  
in der er unter tosendem Beifall den Völkerbund scharf  
verurteilte. Der Name des Präsidenten Wilson wurde  
ausgepöfien. Johnson griff in seiner Rede auch England  
und Japan scharf an. Senator James Keas sagte, der  
Völkerbund sei der größte Kriegstäter, der in der Zukunft  
zahlreiche Kriege verursachen werde.

**Die franz. Seelente bei der Abreise Wilsons.**  
Bern, 2. Juli. Zu den Zwischenfällen bei der  
Abreise Wilsons von Brest, über die bereits ungenügende  
Gerüchte durch die Presse gehen, meldet der Pariser Be-  
richterstatter der „Chicago Tribune“: Bei der Abreise  
des Präsidenten wurde von der großen Menge, die sich  
am Hafen anhielt, keinerlei Beifall gesendet. Gegen  
Mittag hatte sich das französische Syndikat der See-  
leute zu einem Demonstrationszug versammelt, wobei  
es zu einem Konflikt mit amerikanischen Seeleuten kam.  
Dabei hat es durch Steinwürfe verschiedene Verwun-  
dete gegeben. Die Amerikaner, so behaupten die fran-  
zösischen Matrosen, hätten von ihren Revolvern Ge-  
brauch gemacht, während diese wieder angeblich, sie hätten  
nur in die Luft geschossen. Die Militärbehörde mußte  
zu der Beibehaltung eines ganzen Stadtviertels schreiten,  
in dem noch lange Zeit hindurch Unruhestörungen vor-  
kamen.

**Wiederaufbau des Außenhandels.**  
Deutsch-schweizerisches Wirtschaftsabkommen.

Basel, 3. Juli. Zwischen Deutschland und der  
Schweiz ist ein Abkommen getroffen worden, das für die  
deutsche Ausfuhrbevilligung monatlich 500 Zentner Roh-  
zucker nach der Schweiz vorzieht gegen entsprechende  
Schweizer Ausfuhrbewilligungen von kondensierter Milch  
und Schokolade. Das Abkommen läuft vorläufig vom  
1. Juli bis 30. September und kann mit einmonatiger  
Frift verlängert werden.

**Schwedisches Erz.**  
Stockholm, 2. Juli. Der deutsch-schwedische Han-  
delsvertrag bleibt bis zu seinem Abkommen am 31. De-  
zember unverändert in Kraft. Die Erzausfuhr nach  
Deutschland wird in der nächsten Zeit wieder aufgenom-  
men.

**Deutsche Weltwirtschaftliche Gesellschaft.**  
Berlin, 2. Juli. Am 4. Juli werden im Festsaal  
der Berliner Handelskammer über das Thema „Der

Friede und Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft“  
sprechen: Hermann Hecht, Vorsitzender des Verbandes  
deutscher Exporteure, über: „Der deutsche Außenhandel“;  
Ministerialdirektor im Reichspostministerium Vredow  
über: „Deutschlands Stellung in Weltwirtschaftsverkehr“;  
Generaldirektor Dr. Spieker über: „Die deutsche Indu-  
strie in der Weltwirtschaft“; Staatssekretär a. D. August  
Müller über: „Der deutsche Arbeiter und die Weltwirt-  
schaft“; Geh. Reg.-Rat Univ.-Prof. Dr. Herker über:  
„Die territorialen Veränderungen“; Wirkl. Geh. Ober-  
finanzrat Dr. Schwarz über: „Finanzlage und Welt-  
wirtschaft“

**Unruhen in Deutschland.**  
Der Frankfurter Eisenbahnerstreik.

Frankfurt a. M., 3. Juli. Der Eisenbahner-  
streik ist heute früh 6 Uhr infolge des Ausstandes der  
Eisenbahner vollständig eingestellt worden. Nur die Züge,  
die nach dem besetzten Gebiete fahren, verkehren, um  
Komplikationen mit der Entente zu vermeiden. Aus-  
dem gleichen Grund arbeitet die Hauptwerkstätte in Nied,  
die im besetzten Gebiete liegt. Die wichtigsten Lebens-  
mittelzüge und die Züge mit lebendem Vieh werden durch  
die Streikleitung befördert.

Frankfurt a. M., 3. Juli. Die „Frankf. Ztg.“  
meldet zu dem Eisenbahnerstreik in Frankfurt, daß der  
Betrieb eingestellt ist mit Ausnahme der Züge, die ins  
besetzte Gebiet fahren. Es soll versucht werden, den  
Betrieb notdürftig durch geschulte Beamte aufrechtzuer-  
halten. Die Frankfurter Beamtenschaft hat sich mit Rück-  
sicht auf die Notlage des Volkes auf Grund früherer  
Beschlüsse entschieden, nicht in den Streik einzutreten.  
Die Leitung der Eisenbahnbeamtenschaft weist dar-  
auf hin, daß im ganzen Direktionsbezirk über 60 000  
Beamte und Eisenbahnarbeiter tätig sind, von denen  
nur 8750 sich für den Streik erklärt haben. Von die-  
ser Zahl kommen aber weitere 3200 Mann in Ab-  
zug, die in den Werkstätten von Nied arbeiten.

**Die Säuberung Hamburgs.**  
Hamburg, 3. Juli. Durch Truppen Lettow-Vor-  
beds sind bis gestern Abend etwa 3000 Handfeuer-  
waffen und mehrere Maschinengewehre aus dem Besitz  
der kommunistischen Arbeitererschaft zurückerbracht worden.  
Die Durchsuchung nach Waffen wird fortgesetzt. Bei  
den Kämpfen der vorigen Woche hat es nach den bis-  
herigen Feststellungen 63 Tote und über 100 Verwundete  
gegeben. Die Verhandlungen des Senats mit General  
von Lettow-Vorbed führten dazu, daß für die Ver-  
sammlungen der Gewerkschaften Erleichterungen in der  
Handhabung des Belagerungszustandes eintreten würden.

Hamburg, 3. Juli. In der gestrigen Bürger-  
schaftssitzung wurde der Antrag des Senats auf Reor-  
dnung des polizeilichen Sicherheitsdienstes nach erreg-  
ter Aussprache endgültig angenommen. Die Reorgani-  
sation soll noch vor Abbruch der Regierungstruppen  
durchgeführt werden. — Das bayerische Schützenkorps  
machte im Laufe des gestrigen Tages zahlreiche Streifen  
durch St. Pauli und verhaftete viele, darunter seit langem  
reaktionär verfolgte Arbeiter.

**Neues vom Tage.**  
Der Ministerpräsident an Hindenburg.

Weimar, 3. Juli. Amtlich. Generalfeldmarschall  
von Hindenburg, der bereits vor einiger Zeit um Ge-  
nehmigung seines Rücktritts bei Abschluß des Friedens  
gebeten hatte, verläßt am heutigen Tage Kolberg. Gleich-  
zeitig ist auch die Oberste Heeresleitung aufgelöst. Aus  
diesem Anlaß hat der Ministerpräsident an den General-  
feldmarschall von Hindenburg im Namen der Reichs-  
regierung folgendes Telegramm gesandt: „Im Namen  
der Reichsregierung sage ich Ihnen, Herr Generalfeld-  
marschall noch einmal unseren unabänderlichen Dank für  
alle Dienste zum besten des Vaterlandes. In den Ta-  
gen der Not wurden Sie gerufen; in den Tagen noch  
schlimmerer Noie schließen Sie Ihre Aufgabe ab. Die  
wir im Zwange der Pflicht auf unserem Posten bleiben  
müssen, werden immer ein großes Vorbild in der Art  
sehen, wie Sie die Pflicht gegenüber dem Vaterlande  
höhergestellt haben, als persönliche Gefühle und An-  
schanungen. gez.: Bauer.“

**Zu der Auslieferung des Kaisers.**  
Amsterdam, 3. Juli. Aus Kreisen der hollän-  
dischen Regierung wird bekannt, daß die Frage der  
Auslieferung des deutschen Kaisers jetzt in ein entschei-  
dendes Stadium trete. Von einer Flucht des Kaisers  
könne nicht die Rede sein. Dem Kaiser und dem Kron-  
prinzen siehe es vollständig frei, Holland zu verlassen,  
und ihre Abreise würde der Regierung durchaus nicht  
unangenehm sein. Nur eine persönliche, unvorbereitete  
Abreise, von der niemand etwas wüßte, würde für Hol-  
land einen unangenehmen Charakter haben können. Fer-  
ner hört man, daß der Kronprinz nur deshalb sorg-  
fältig bewacht werde, um eine derartige Abreise unmöglich  
zu machen. Was den Kaiser betrifft, so sei es möglich,  
daß ihn, wenn er plötzlich abreisen würde, wenn ein  
Ersuchen um seine Auslieferung bevorstände, die Ab-  
reise verweigert würde. Er würde nach dem Auslie-  
ferungsgebot auf Ersuchen einer fremden Regierung an-  
gehalten werden können; aber dieses Ersuchen um Aus-  
lieferung müßte innerhalb einer bestimmten Zeit ge-  
schehen. Da die Frist der Auslieferung des Kaisers jetzt auf der  
Tagesordnung steht, könne man sagen, daß er bezüglich  
seiner Abreise weniger frei sei, als der Kronprinz. Die  
Frage der Auslieferung selbst werde einen ausschließlich  
juristischen Charakter haben. Nach dem Gesetz müßte  
darüber das Gutachten des Gerichtshofes in Utrecht ein-  
geholt werden, in dessen Rechtsgebiet der Kaiser sich be-  
findet und dieser müßte vorher gehört werden.

**Ein Wohnst.wechsel Kaiser Wilhelms?**  
Amerongen, 2. Juli. Die Sava-Agencur ver-  
breitet folgende Meldung: Der Kaiser trifft Vorbe-  
reitungen zu seiner Abreise. Er hat in Arnheim ein  
Haus gekauft. Es wurden strengste Polizeimaßnahmen  
zu seiner Ueberwachung getroffen. Der Zutritt und

die Annäherung zum Schloße ist den Spaziergängern strengstens untersagt.

### Auslieferung von U-Boot-Kommandanten?

**Rotterdam, 1. Juli.** Die Londoner „Times“ meldet: Die englischen Vertreter auf der Pariser Friedenskonferenz haben die Auslieferung von 53 namentlich bezeichneten deutschen U-Boot-Kommandanten beantragt.

### Kleine politische Nachrichten.

**Der neue Generallandschef.** Die Leitung des Generallandesrats nach einer Mitteilung der „Kreuzzeitung“ General von Seckel übernehmen, während General Groener, der zu seinen Abschied ebenfalls angekündigt hat, nur noch die Geschäfte im Osten abwickeln wird.

**Die badischen Auslandsdeutschen.** In Mannheim fand eine Versammlung von Vertretern von 10 badischen Vereinigungen der Auslandsdeutschen statt. Der Vorstand des Rates der Auslandsdeutschen in Mannheim, Pfarrer Weistien, wies auf die Notwendigkeit des Zusammenflusses der Auslandsdeutschen hin. Auf seinen Vorschlag wurde Konrad Wanner (bisher in Neapel) jetzt Vorstand des deutschen Auslandsinstituts in Stuttgart zum Vorsitzenden der Versammlung gewählt. Auf Vorschlag Heilmann-Karlsruhe wurden die in Baden bestehenden Vereinigungen der Auslandsdeutschen zum Bunde der Auslandsdeutschen, Sektion Baden, vereinigt. Als Vorort wurde Karlsruhe gewählt. Die badische Organisation wird sich dem Bund der Auslandsdeutschen im Reich anschließen. Zum Vorsitzenden des Arbeitsausschusses, der die laufenden Geschäfte erledigen soll, wurde Konrad Wanner-Karlsruhe gewählt.

**China verlangt Klautschau.** Die chinesische Friedensordnung veranlaßt eine amtliche Mitteilung, nach der Japan aufgefordert worden ist, Klautschau nach Ratifizierung des Friedens ohne irgendwelche Entschädigung an China zurückzugeben, und daß die Verträge von 1915 und 1918 für nichtig erklärt worden seien. Sollte sich Japan darauf nicht einlassen, so verlange China einen entsprechenden Schadenersatz. Japan hat auf diese Forderung Chinas nicht geantwortet.

**Neue Preussische Anleihe.** Der Preuß. Landesparlamentarium ein neues Eisenbahnanleihegesetz. Es fordert für Bahnhäuser, Einführung der neuen Zugbremse und zur Förderung des Kleinbahnverkehrs 113.130.000 Mk. Mit Rücksicht auf die schlechte Finanzlage sind in dem Entwurf die allernotwendigsten Forderungen eingestellt.

## Württemberg.

(-) **Stuttgart, 1. Juli.** Der Finanzausschuß des Landtags trat heute in die Beratung des Staatshaushalts ein und behandelte zunächst den Etat des Innern. Den Etatvorschlägen wurde durchweg zugestimmt. — In der Erörterung über den Etat wurde bei der Frage des Dissoziationsgesetzes zum Ausdruck gebracht, daß die Einbringung eines solchen Gesetzes nicht angebracht sei. Zu Kap. 23, in welchem für die Kosten der Reichs- und Landtagswahlen neu 300.000 Mk. gefordert werden, wurde betont, daß sich der von amtlicher Seite erfolgte Verzicht der Stimmentzettel sehr gut bewährt habe. Von Interesse waren die Darlegungen zu Kap. 39 (Präsidenten für das Städt. Oberstufenfeld); danach ist beabsichtigt, die bisherigen Städtämter im Besitz der Präsidenten zu belassen, aber sogenannte große Präsidentschaften nicht mehr zu verleihen; nach Erledigung der Stellen soll die Aushebung der großen Präsidentschaften erfolgen. Bezüglich der kleinen Präsidentschaften wird daran gedacht, sie durch eine Stiftung zu erledigen.

Eine eingehende Erörterung knüpfte sich an Kap. 40 (Straßen- und Wasserbau). Hier wurde von einem dem Abgeordneten eingehend die Frage des Redaktionskanals besprochen. Vom Minister des Innern wurde hervorgehoben, daß eine neue Sachlage gegeben sei, dadurch, daß das Reich die Wasserstraßen in Eigentum und Verwaltung nehmen wird und dadurch, daß wir durch die Bestimmungen des Friedensvertrags verpflichtet werden, den Ausbau des Kanalsystems zwischen Rhein und Donau nach den Plänen der alliierten Mächte durchzuführen. Von Seiten des Innenministeriums wurde die Regierung gebeten, den Ausbau der Staustufen an der Elbe zu fördern. Zu Kapitel 41 (milde Zwecke) hob Minister Dr. Lindemann hervor, daß die Zentralleitung für die Wohltätigkeit in Zukunft eine Stiftungsbehörde sein werde. In nächster Zeit werde ein Jugendamtgesetz dem Landtag zugehen. Der Ausschuss trat dann in die Beratung des Finanzetats ein. Ueber die Einreichung der Vermögensverzeichnisse sagte Finanzminister Piesching, daß diese zunächst noch nicht einzureichen seien. Der Termin der Einreichung werde bekannt gegeben, wenn sie überhaupt notwendig sei. Bei den Grundstücken kommt für die Vermögenserschätzung nur der gemeine, nicht der Ertragswert in Betracht. Aus dem Ausschuss wurde u. a. gewünscht die Abgabe von Holz zu Bauzwecken an Minderbemittelte zu billigeren Preisen; ferner Erlassung von Maßnahmen, um dem unflinigen Steigern bei den Holzpreiserhöhungen vorzubeugen.

(-) **Stuttgart, 3. Juli.** Heimkehr der Salonkier Truppen. Das Kriegsministerium teilt mit: Die Schiffe „Konstantin“ und „Christian“ mit 4000 Mann an Bord haben am 21. Juni Gibraltar passiert und werden voraussichtlich in Brunsbüttel ausgeschifft werden.

(-) **Stuttgart, 2. Juli.** (Der Raubmord in Wöhringen a. F.) Vor dem hiesigen Schwurgericht begann die Verhandlung wegen der Ermordung der Wittin Rosa Wegger in Wöhringen a. F. Angeklagt ist der Mechaniker Karl Sorg. Der Aufstiftung werden beschuldigt der Schreiner Heinrich Baas und dessen Ehefrau Sophie. Sorg hat, bewaffnet mit einem Dolch und Revolver und mit Einbrechwerkzeugen versehen, am 3. Februar die Wittin Rosa Wegger in deren Anwesen „Zum alten Bahnhof“ in Wöhringen überfallen, sie durch eine Anzahl Stiche in Kopf und Rücken getötet und darauf 400 Mk. Bargeld und mehrere Bauscheine geraubt. Das Ehepaar Baas soll den Sorg durch Verabreichung von Speise und Getränken zur Tat ausgemittelt und ihn mit dem Revolver und Einbrechwerkzeugen versehen haben. Der Angeklagte schuldete die Einwirkungen von Seiten des Ehepaars Baas näher. In der Meinung, daß die sich zur hinteren Tür hinausbegebende Wegger in den Stall gehe, sei er in das obere Stockwerk hinaufgegangen und habe dort die Kommode des Ehepaars erbrochen. Mithin sei die in einem Nebenzimmer gewesene Wittin an ihm vorbeigekommen. Er sei dadurch völlig überrascht gewesen. In seiner Erregung habe er das Stemmisen fortgeworfen und seinen Dolch hervorgezogen, worauf er mit einem großen Strich die Treppe hinabstiege, wobei er auf die Wittin gestossen sei und beide zu Fall kamen. Im übrigen bestreitet Sorg, auf die Frau vorwiegend eingestochen zu haben. Mit der Beute ergreift er dann die Flucht und ging nach Stuttgart, wo er durch einen Bekannten, der sich die Belohnung verdienen wollte, durch List überwältigt und der Polizei ausgeliefert wurde. Der Angeklagte Baas behauptet, daß Sorg der Urheber der Tat sei. Zugaben muß er, daß er mit Sorg über den Einbruch in die Bahnhofswirtschaft gesprochen und den Sorg auch eingeweiht habe. Die Ehefrau Baas bestreitet, überhaupt von dem Diebstahl Kenntnis gehabt zu haben. Ueber den Ausgang

des Prozesses, der mehrere Tage in Anspruch nehmen wird, werden wir berichten.

(-) **Wahingen a. G., 3. Juli.** (Aus der Zeitungswelt.) Der „Enzboten“ schreibt: Wie wir schon erfahren, hat der neugegründete „Landbote“ nach einmaligen, probatorischen Erscheinen seinem Leben ein Ziel gesetzt. Er erscheint nicht mehr. — Gleichzeitig steht fest, daß „Die Landpost“ nach wie vor erscheinen wird, nachdem sie den Besitzer gewechselt hat. Redaktion (Paul Gröbinger) und Geschäftsstelle sind getrennt, Verlag: eine besondere Druckereigesellschaft. Gedruckt wird sie in unserer Buchdruckerei.

(-) **Vörsingen, 3. Juli.** (Nachahmenswert.) Zur Vermeidung von Güterschlächtereien hat der Gemeinderat den Ankauf des Gasthofs zur Sonne samt Gütern und Inventar zu 154.000 Mk. beschloffen.

### Die württ. Einkommensteuer.

Der neue württ. Staatshaushalt für 1919, der jetzt im Druck erschienen ist, macht nähere Angaben über die neuen Steuern: Die Einkommensteuer soll 156,8 Mill. Mk. einbringen, das sind 109,4 Millionen mehr als im Vorjahr, die Vermögenssteuer 20 Mill. Mark oder 12,8 Millionen mehr, die Ertragssteuer 19,5 Millionen oder 11,2 Mill. Mk. mehr und die Kapitalsteuer 12,5 Millionen oder rund 7 Mill. Mk. mehr als im Vorjahr. Die Kapitalsteuer wird nur mit 2,1 Prozent (wie bisher) des steuerbaren Jahresertrags erhoben, wenn das Jahreseinkommen weniger als 2500 Mk. beträgt.

Welche Rückwirkung diese gewaltigen Steuererhöhungen auf die Höhe der Einkommensteuer des Einzelnen haben werden, ergibt sich aus folgender, der Begründung des Finanzgesetzes angefügten Gegenüberstellung der bisherigen Belastung des Einkommens durch die staatliche Einkommensteuer und der neuen Belastung, aus der wir einige Zahlen entnehmen:

Einkommen	bish. Steuer (150—130% der Einheitsätze)	neue Steuer (150—500% der Einheitsätze)	Mehrbelastung
1 000 Mk.	5,25 Mk.	7,50 Mk.	2,25 Mk.
2 000 Mk.	22,05 Mk.	35,70 Mk.	13,65 Mk.
3 000 Mk.	46,20 Mk.	83,60 Mk.	37,40 Mk.
4 000 Mk.	86,65 Mk.	162,— Mk.	75,35 Mk.
5 000 Mk.	140,80 Mk.	268,80 Mk.	128,— Mk.
6 000 Mk.	188,15 Mk.	369,60 Mk.	181,45 Mk.
7 000 Mk.	247,25 Mk.	494,50 Mk.	247,25 Mk.
20 000 Mk.	1021,80 Mk.	2200,80 Mk.	1179,— Mk.

Aus den weiteren Sägen seien noch hervorgehoben: bei 30 000 Mk. 3600 Mk. neue Steuer (mehr 2040 Mk.); bei 40 000 Mk. 5248 Mk. (mehr 3116 Mk.); bei 50 000 Mk. 7140 Mk. (mehr 4410 Mk.); bei 100 000 Mk. 18 000 Mk. (mehr 12 150 Mk.); bei 200 000 Mk. 47 000 Mk. (mehr 34 000 Mk.). Von 300 000 Mk. Einkommen an aufwärts wird die Staatssteuer 25 Prozent betragen.

— **Zur Frage der Auflösung der A- und B-Räte.** Bekanntlich hat der württ. Landtag den Beschluß gefaßt, daß die A- und B-Räte vom 15. Juli ab aufgelöst werden. Dantals bestand die Absicht der Regierung, zu diesem Zeitpunkt das Gesetz über die Beiräte einzubringen und verabschieden zu lassen. Inzwischen ist jedoch vom Reich bestimmt worden, daß die gesetzliche Regelung der Beiräte und Beirätebräte Sache der Reichsverfassung sei, diese werden aber bis zum 15. Juli nicht verabschiedet sein. Hieraus folgt, daß die Voraussetzung für die Auflösung der A- und B-Räte in Württemberg zum genannten Zeitpunkt hinfällig geworden ist. Wie wir hören, hat die Staatsregierung mit den Parteien Fühlung genommen, um Aufhebung des Auflösungsbeschlusses durch den Landtag herbeizuführen.

## Baden.

(-) **Karlsruhe, 3. Juli.** Der preussische Gesandte in Karlsruhe, Geh. Rat v. Eisendecher, wird aus seinem Urlaub nicht wieder in die Führung der Gesandtschaftsgeschäfte zurückkehren, die er seit 1884 inne hatte. Herr v. Eisendecher, der es während seiner langjährigen diplomatischen Vertretung Preußens am badischen Hofe verstanden hat, ein gutes Einvernehmen der beiden Bundesstaaten herzustellen, und der der badischen Eigenart großes Verständnis entgegenbrachte, ging aus der Marine hervor und war bis zu seiner Entsendung nach Karlsruhe als Ministerpräsident in Tokio und als Gesandter in Washington tätig.

(-) **Karlsruhe, 3. Juli.** Die unständigen evangelischen Geistlichen haben dem Oberkirchenrat verschiedene Forderungen nach Besserstellung unterbreitet, die dahingehen, daß jeder Geistliche mit 27 bis 28 Jahren im Besitze einer ständigen Pfarrstelle sein müsse, wobei bei den Kriegsteilnehmern die Kriegsjahre Berücksichtigung finden sollen.

(-) **Karlsruhe, 2. Juli.** (Die Regierung und die Wirte.) Zu den Forderungen der Wirte in Mannheim, Freiburg und Konstanz, daß die Verordnungen gegen den Schleichhandel für das Gastwirts-gewerbe sofort aufgehoben werden und daß das Gastwirts-gewerbe als Verbraucher anerkannt wird, hat sich die Regierung in einem Schreiben an den Bad. Gastwirts-Verband geäußert. In diesem Schreiben erklärt die Regierung gegenüber dem Verhalten der Wirte allgemein, daß sie sich nicht durch Streikandrohung der Wirte davon abbringen läßt, das zu tun, was ihr Gesetz und Pflicht vorschreiben. U. a. wird gesagt, daß die Regierung die Aufhebung der Zwangswirtschaft und die Freizügigkeit des Handels sobald wie möglich durchführen werde. Solange aber die Knappheit an Lebensmitteln bestehe, könne auf die Bewirtschaftung der wichtigsten Nahrungsmittel nicht verzichtet werden. Hinsichtlich der Belieferung der Wirtschaften sei den Kommunalverbänden empfohlen worden, den Wirtschaften so viele rationierte Lebensmittel zuzuwenden, daß Personen, die benötigt sind, in den Wirtschaften zu speisen, und die Fremden im Rahmen der Kontingentierung versorgt werden können, ohne daß der Schleichhandel in Anspruch genommen werden müsse.

(-) **Heidelberg, 3. Juli.** Wegen schweren Einbruchdiebstahls in verschiedenen Billen stand der Hakenarbeiter Peter Großmüller von Redarhamen vor der Strafkammer. Er erhielt 5 Jahre Zuchthaus. Sein Helfershelfer ist im Bruchsaler Zuchthaus gestorben.

(-) **Freiburg, 3. Juli.** Wegen räuberischer Erpreßung hatte sich der 36jährige Bergmann Arnold Schnitzler vor den Geschworenen zu verantworten. Er hatte in Hofgrund eine 74jährige Frau mit dem Revolver bedroht und von ihr einen Gelbbeitrag erpreßt. Das Schwurgericht verurteilte ihn zu 2 1/2 Jahren Gefängnis.

(-) **Wullendorf, 3. Juli.** Welch unsinnige Preistreiberi überall herrscht zeigte eine hier abgehaltene Seegrasversteigerung, bei welcher ein Posten Seegras, der zu 500 Mk. veranschlagt war, für 5200 Mk. verkauft worden ist.

(-) **Gaichhofen, 3. Juli.** Bei einer Wagenfahrt stürzte der 60 Jahre alte Landwirt Sebastian Greising aus Wöhringen infolge Schenens der Pferde von dem Wagen, wurde eine Extremität gequetscht und erlitt so schwere Verletzungen, daß er starb. Der mitfahrende Sattler Graf aus Wöhringen stürzte ebenfalls ab und erlitt lebensgefährliche Verletzungen.

(-) **Blautstadt bei Schweningen, 3. Juli.** Der ledige Tagelöhner Leonhard Deß von hier gab auf den Polizeidiener Heid 3 Schüsse ab, die den Beamten aber nicht verletzten.

(-) **Konstanz, 3. Juli.** Der Gendarmenrat ist es gelungen, die Burjchen, die vor kurzem wegen des Vorgehens der Gendarmen gegen eine Schwarzschädelrei die Beamten angegriffen hatten, früh morgens aus den Betten zu verhaften. Man fand bei Durchsuchung der Wohnungen Infanteriegewehre mit Munition. Es wurde auch eine Geheimtschlächterei mit einer größeren Menge Fleisch vorgefunden.

(-) **Konstanz, 3. Juli.** Der bisherige Vorstand der Oberpostdirektion Konstanz, Geheimrat Oberregierungsrat Thönerer, der erst vor wenigen Wochen in den Ruhestand getreten ist, ist gestorben.

## Aus dem Bezirk.

**Wildbad, 4. Juli.** (Böhtätigkeitkonzert.) Wir haben hier über 40 aus Elß-Lothringen vertriebene Personen (ohne die Lehrer und Schüler der Reformschule). Die allermeisten dieser Leute haben von ihrer Habe nur sehr wenig gerettet und werden wohl auch nichts mehr aus Elß bekommen. Es fehlt ihnen an Haushaltsgegenständen, an Betten u. s. w. Einige sind auch vor Kummer und Sorge krank und können nichts verdienen. Auf den Aufruf, den vor einiger Zeit Herr Stadtschultheiß Wäzner und Herr Hauptlehrer Walz erlassen haben, sind äußerst wenige bescheidene Gaben eingegangen. Das nun am Samstag abend im Kursaal stattfindende Konzert sollte einen schönen Ertrag einbringen. Darum möchten wir nicht verkäumen, unsere verehrten Leser freundlich auf diese Veranstaltung aufmerksam zu machen. (Näheres im Inseratenteil.)

**Wildbad.** (Wesentliche Anfragen.) Laut amtlichen Bericht soll das amerikanische Weizenmehl 2,15 Mk. pro Pfund kosten. Warum hat es hiesige Lebensmittel willkürlich den Preis auf 2,20 Mk. erhöht? Calmbach verlangt 2,15 Mk. . . . . Ist es zu rechtfertigen, daß in Wildbad sozusagen auf allen Gebieten der Lebensmittelbelieferung höhere Preise als sonst beansprucht werden? — Hätte das Lebensmittelamt nicht gegen die Verteuerung der Reispreise einzuschreiten? Warum bezahlt man in Pforzheim 75 Pf. pro Pfund, in Wildbad aber 1,40—1,50 Mk.?

Erkläret mir, Graf Orndurf, Diesen Zwiespalt der Natur! Cato.

## Vermischtes.

**Der Haß der Deutschen in Belgien.** Nach einer Seebienst-Meldung hat in der belgischen Kammer der belgische Kriegsminister auf eine Interpellation über die zahlreichen Detonationen von Munitionswaggons geantwortet, daß die Deutschen in Belgien 100 000 Gewehre, 1 200 000 Handgranaten, 3 500 000 Granaten und Granatentwürfe und 25 Millionen Patronen zurückgelassen hätten. Die Granaten sollen auf staatlischen Terrains eintrudeln werden. Die 30 000 Munitionswaggons, die in Belgien zurückgelassen wurden, werden nach und nach in Dienst gestellt; 10 000 sind bereits dem Verkehr übergeben.

Das neue französische Weizenmehl ist nach einer im letzten Artikel enthaltenen Bestimmung vorläufig noch nicht auf Elß-Lothringen anwendbar. Die Organisation der Volksvertretung in Elß-Lothringen wird vielmehr einer besonderen Gesetzgebung vorbehalten.

„**Republikanischer Führerbund.**“ Im Gegensatz zu der vieldischen Stellungnahme von Offizieren und Offizierskorps gegen die Regierung aus Anlaß des Friedensschlusses ist unter dem Namen „Republikanischer Führerbund“ eine Bewegung im Gange, die den Zusammenschluß aller Führer erstrebt, die ehrlich auf dem Boden der Republik stehen und bereit sind, die Regierung gegen jeden Umsturz zu schützen. Der Bund erkennt nur die von einer frei gewählten Volksvertretung eingesetzte Regierung als rechtmäßig an.

**Streik von Berliner Fortbildungsschülern.** In der Städtischen Pflichtfortbildungsschule 2 in der Wallertorstraße in Berlin mußte in einigen Klassen der Unterricht ausgesetzt werden, weil die Schüler, die sich von einigen unbedachten Elementen hatten aufheben lassen, streikten. Die Schüler weigerten sich, an den Stunden teilzunehmen, weil der Nachmittagsunterricht nicht aufgehoben worden ist.

**Unwetter in Norddeutschland.** Nach Blättermeldungen gehen in der nördlichen und preussischen Oberlausitz ununterbrochen Regengüsse nieder, wie sie seit Jahrzehnten nicht beobachtet wurden. Sämtliche Flüsse führen Hochwasser. Die Spree und Neisse traten aus ihren Ufern. Im Riesengebirge und in Schlesien gingen wolkenbruchartige Regen nieder. Die Temperatur sank dort auf 4 Grad. Seit 24 Stunden regnet es ununterbrochen. Infolge der Kälte und des unerwarteten Schneefalles mußte das Vieh von den Weiden in die tiefer liegenden Ställe abgetrieben werden.

### Witwägen Wetter.

Die Neigung zu Störungen aus dem Westen dauert fort. Am Samstag und Sonntag ist deshalb immer noch mehrfach bedecktes, auch zu vereinzelt, jedoch nur zu geringen Niederschlägen geneigtes, mäßig warmes Wetter zu erwarten.

## Bekanntmachung.

An den Stachelbeeren tritt eine Krankheit auf, welche die Ernte unbrauchbar macht. Die Beeren bekommen einen mehligweissen Ueberzug, der bald in einen rothbraunen Filtz übergeht: Der amerikanische Stachelbeermehltau, die Krankheit breitet sich mit jedem Jahr weiter aus, in gleichem Maße steigt die wirtschaftliche Schädigung. Abhilfe ist nur von einem gemeinsamen Vorgehen zu erhoffen. Um dafür die Grundlage zu schaffen, werden die Herren Ortsvorsteher aufgefordert, zuverlässige Berichte über die Ausbreitung der Krankheit unter Angabe der Zahl der verseuchten Gärten bis spätestens 10. Juli dem Oberamt einzureichen.

Nenzenbürg, den 26. Juni 1919. Oberamt

Rilling, Reg.-Off.  
Vorstehendes wird hiemit zur öffentlichen Kenntnis gebracht. Die Besitzer von verseuchten Gärten, haben ihre Anzeige bis spätestens 7. Juli auf dem Rathaus (Meldeamt) zu machen.

Wildbad, den 3. Juli 1919.  
Stadtschultheißenamt: B ä g n e r.

## Fleisch-Konserven.

Die Fleischverjüngungsberechtigten erhalten bei denjenigen Metzgerei, bei welchen sie eingetragen sind.

200 gr. Fleischkonserven zu 80 Pfg.  
Kinder bis zu 6 Jahren die Hälfte.  
Außerdem wird abgegeben 150 gr. frisches Fleisch für Erwachsene. Kinder die Hälfte.

Städt. Lebensmittelamt: Arbeitererrat  
Kappelmann. Schlichter.

## Bekanntmachung.

Der Verkauf von Amerikermehl für die abgegebene Einfuhrmarke 1 findet morgen Samstag vormitt. 8-12 Uhr und nachm. 2-5 Uhr statt.

Städt. Mehl- u. Futtermittelabgabe:  
Carl Maier.

Stadt Wildbad.

## Notstands-Arbeiten.

Bergebung von Maurer-, Steinhauser- und Zimmerarbeiten.

Die Arbeiten für den bedeckten Treppenaufgang zur Böhnerstraße im Straubberg gelangen nach dem Einzelpreisverfahren zur Vergebung.

Die Unterlagen: Pläne, Arbeitsbescheid und Bedingungen, werden von der unterzeichneten Stelle unentgeltlich bei Rückgabe der Pläne abgegeben.

Die Angebote sind in verschlossenem Umschlag mit der Aufschrift: „Treppenaufgang“ bis spätestens 8. Juli vormittags 11 Uhr hierher einzureichen. Die Eröffnung findet zu dieser Stunde im Sitzungssaal des Rathauses vor den anwesenden Bewerbern statt.

Die Auswahl unter den Bewerbern nebst Zuschlagserteilung behält sich der Gemeinderat vor.

Stadtbauamt Wildbad: Kunz.

Höfen.

Sonntag, den 6. Juli 1919

findet im Gasthaus zur „Krone“ von 3 Uhr ab

## Konzert

statt, wozu höflichst einladet

Georg Maier.

## Aussichtreiche Ansiedelung im Baltenland!

Wichtig, besonders für Landwirte, Handwerker und Gewerbetreibende.

Kostenlose Auskunft erteilt  
täglich von 5-7 Uhr nachmittags  
und schriftlich.

Rebold,

Tübingen, Redarhalde 32.

## Wohltätigkeits-Konzert

zu Gunsten der aus Elsass-Lothringen Vertriebenen am Samstag, den 5. Juli, abends 8 1/2 Uhr im KURSAAL.

Mitwirkende:

Frau Dr. SCHWAB (Sopran)  
Frau Dr. GRUNOW (Klavierbegleitung)  
Herr SEYFFERT (Bass)  
LIEDERKRANZ : : KURKAPELLE

Eintritt 1 Mk., doch werden der Wohltätigkeit keine Schranken gesetzt.

Wir empfehlen:

Salzbrennbohnen

Pfund Mt. 1.30,

Rotkraut

Pfund 60 Pfg.,

grüne Erbsen

Pfund Mt. 2.50,

Brasil. Gries

Pfund Mt. 4.25,

Sultaninen

Pfund Mt. 12.—

Hafelnüsse

Mt. 4.70,

Mandeln

Mt. 4.70,

Feigen

1/2 Pfd. Mt. 1.—,

Datteln

1/2 Pfund Mt. 3.—,

Mischobst

Pfund Mt. 4.50,

verschiedene Sorten

Fruchtkonserven i. D.

Citronen

Stück 50, 60 und 70 Pfg.

roher Kaffee

Pfund Mt. 11

Echte

Schweizer Schokolade

Pfannkuch & Co.

Telephon 118 - Wildbad.

Offerierte

Amerik. Speck

Pfund Mt. 12.—

Sunlight-Seife

(Doppelstück) Mt. 11.—

Amerikanische

Milch-Chocolade

per Tafel 1/2 Pfund Mt. 11.—

Bestellung unter S. W. 101

postlagernd Darmstadt.

Gegen Unreinigkeiten in

der Haut.

Kummerfelds Waschwasser

Milchesser-Salbe,

Sommersprossen-Creme.

Apotheker D. Steyhan

Warzenmittel,

Bühneraugenmittel,

Tinktur und Pflaster.

Pharmac. Laboratorium,

Stadt-Apothek

Wildbad.

## Achtung!

Sonderangebot!

für nur 6 Mk. franko, 1

Gießer, 1 Ritzstift sehr

wissenschaftliche Erfindung,

1 Garderobehalter, 1 Neben-

all, 3 Bleistifte, 1 Mappe

blau, 1 Dose Schuhcreme,

3 Paar Schuhleinen, 1

Paket Pappulver und 1

Lotterielos gratis mit dem

10000 Mark gewonnen

werden kann.

Versandhaus Wittmann,

Lehningen b. Pforzheim,

(Baden).

## Turnverein Wildbad

Am Samstag 5. Juli

Abends 8 Uhr

Versammlung

im Hotel Palmengarten.

Der Vorstand.

## Unabhängige sozialdemokr. Partei Württemberg.

Landes-Kommission Stuttgart.

Sonntag, 6. Juli 1919, nachmittags 4 1/2 Uhr  
im Gasthaus zur „Alten Linde“

## Grosse öffentliche Versammlung.

Referent: Genosse Karl Großhaus,  
Gemeinderat in Stuttgart

über  
Die gegenwärtige politische  
Lage und die U. S. P.

Erscheint in Massen. : : Niemand darf fehlen.

## Aus Holland importierte Binarren.

Es sind uns aus Holland eingeführte Cigarren überwiesen worden, welche wir zum vorgeschriebenen Preise von 90 Pfg. pro Stück in unserem Hauptgeschäft König-Karlstr. 68 verkaufen. Abgabe auch Ristchenweise jedoch nur an Selbstverbraucher.

Unser Vorrat dürfte bald vergriffen sein.

Chr. Schmid & Sohn

König-Karlstraße 68 Neben Hotel Deutscher Hof.

Tausende bereiten sich aus Ruf's Kunstmuskat mit Heidelbeergut und mit Süßstoff

## einen guten Hausstrunk

die Flasche zu 100 Liter reichend, kostet Mt. 15.—

Viele Anerkennungen.

Mit Heidelbeeren mit Zusatz von 100 Liter Mt. 25.— wozu aber Zucker benötigt wird, mit Süßstoff kostet das Paket Mt. 2.— mehr.

Jeder sollte einmal einen Versuch machen.

Alleiniger Hersteller:

Rudolf Ruf, Etilingen, Heidelberg-Verband.  
Niederlagen werden errichtet.

## Städtisches Arbeitsamt Wildbad

Telephon-Anschluß Nr. 140.

Kostenlose Stellenvermittlung

Für sofort oder später

werden gesucht:

a) Männlich:

1 Koch

2 Schreiner

b) Weiblich:

1 Waschfrau,

4 Küchenmädchen,

15 Dienstmädchen,

1 Köchin,

1 Kinderfräulein,

Stellen suchen:

a) Männlich:

Buchhalter,

Correspondent

Schlosser,

Mechaniker,

Maler,

Kellner,

Lift,

Friseur,

Fahrer.

## Mostfass

150-200 Liter haltend, gesucht. Zu erfragen in der Expedition d. Bl.

## Öfen, Kochherde,

Waschkessel, Gaskoch-

apparate, - Gummischläuche, Ofenvorsetzer

Sensen, Sensenwürfe,

Sicheln, Wetasteine,

Kämpfe, Schaufeln,

Spaten, Gartenrechen,

Beile, Baumsägen, Boh-

rer, Pfannen, Bräter,

Kaffeemühlen, Kaffee-

rester, Fruchtpressen,

Kohlenlöfel, Fleisch-

hacken, Gistaketen,

Vorhangschloss, Schlen-

und Absatznägel

empfehlen

Fritz Krauss,

Hauptstr. 148 - Wildbad.

\*\*\*\*\*

Empfehle sehr schöne

Garten-Himbeeren,

bitte um Bestellungen,

auch können solche auf vor-

berige telef. Anfrage täglich

abgeholt werden.

Für Hotels etc. mit

größterem Bedarf liefere ins

Haus.

Carl Gentner,

Gandelsgärtner, Baumhäuser-

und Samenhandlung.

Schwann, Telef. Nr. 12.

Calmbach.  
2-3 tägliche  
Gattersäger  
für dauernde Beschäftigung  
sowie gesucht.  
Chr. Keller,  
Sägewerk.

## „Gluck-Gluck“

Das bestbewährte Eier-

legemittel, wird dem

Hühnerfutter zugemischt.

„Porcöl“

mit Lebertranzzusatz,

Krausmittel f. Schweine

Vorbeugungsmittel geg.

Kotlauf, erhöht die Frey-

lust ungemein.

Zu haben in der

Medizinal-Drogerie

Grundner's Nachf.

\*\*\*\*\*

## Kaffee

reinschmeckend roh

per Pfund Mt. 12.—

## Kaffee

gebrannt

per Pfund Mt. 15.—

## Cacao

garantiert rein

per Pfund Mt. 32.—

versendet von 1 Pfund ab

per Nachnahme an Selbstver-

braucher.

Karl Häufler,

Juffenhansen

Friedrichstraße 31 Telefon 204.

Visitenkarten

— liefert schnell —

Buchdruckerei J. Pauke & Co.

Landes-Kurtheater

Wildbad

Direktion: Steng-Krauss

Heute Abend

Die Dollar-

Prinzessin.

\*\*\*\*\*

